

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

110. Sitzung

Bildungsausschuss

42. Sitzung

Sozialausschuss

66. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuss

83. Sitzung

Agrarausschuss

59. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. September 2003, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Birgit Herdejürgen (SPD) in Vertretung von Wolfgang Fuß
Renate Gröpel (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Klaus Klinckhamer (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Rainer Wiegard (CDU)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD) Vorsitzender
Dr. Henning Höppner (SPD)
Helmut Jacobs (SPD)
Jürgen Weber (SPD)
Sylvia Eisenberg (CDU)
Jost de Jager (CDU)
Caroline Schwarz (CDU)
Joachim Wagner (CDU)
Dr. Ekkehard Klug (FDP)
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

in Vertretung von Thomas Stritzl

Veronika Kolb (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Peter Eichstädt (SPD)

Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

4	Schleswig-Holsteinischer Landtag	- Finanzausschuss -	110. Sitzung am 11. September 2003
		- Bildungsausschuss -	42. Sitzung am 11. September 2003
		- Sozialausschuss -	66. Sitzung am 11. September 2003
		- Innen- und Rechtsausschuss -	83. Sitzung am 11. September 2003
		- Agrarausschuss -	59. Sitzung am 11. September 2003

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der nachstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2003 bis 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2819

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2790

(überwiesen am 27. August 2003 an den Finanzausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

hierzu: Umdrucke 15/3518, 15/3519, 15/3564, 15/3630, 15/3633, 15/3636, 15/3643, 15/3686

Einzelplan 01 und Kapitel 1201

Die Vorsitzende und Abg. Neugebauer merken zum Stellenplan des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz an, dass nicht - wie im Haushaltsplan irrtümlich ausgewiesen - im nächsten Jahr drei zusätzliche Stellen, sondern laut interfraktioneller Absprache aufgrund der vielen zusätzlichen Aufgaben im Jahr 2004 eine und 2005 ebenfalls eine neue Stelle geschaffen würden.

Auf Fragen von Abg. Neugebauer teilt Landtagsdirektor Dr. Schöning mit, der Landtag plane, am 11. September 2004 einen Tag der offenen Tür durchzuführen, nach Abschluss der Baumaßnahmen im Landeshaus, die in insgesamt acht Teilabschnitten mit 23 Millionen € veranschlagt worden seien und von denen bisher vier Teilabschnitte mit Kosten von 14,8 Millionen € fertig gestellt seien. Man befinde sich im Zeitplan; auch der Kostenrahmen werde eingehalten.

Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur - sowie Kapitel 1207 und 1212

hierzu: Umdruck 15/3686 (statistische Vorlage)

Kapitel 0701 - Ministerium

Die Vertreter der Opposition fragen die Ministerin, wie die globale Minderausgabe von 19 Millionen € im Jahr 2004 und 47 Millionen € im Jahr 2005 erwirtschaftet werden solle.

Die Vorsitzende macht auf das Budgetrecht des Parlaments aufmerksam und erwartet, dass das Ministerium den Bildungsausschuss bei der Auflösung der globalen Minderausgabe einbeziehe.

M Erdsiek-Rave äußert, die globale Minderausgabe werde unter anderem durch Einsparungen in den Bereichen Hochschulbau und Verwaltungsstrukturreform erzielt. Auf Fragen von Abg. Dr. Garg erwidert sie, sie schließe aus, dass die globale Minderausgabe bei den Personalkosten für Lehrkräfte, beim Vertretungsfonds zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls sowie bei den Hochschulbudgets erwirtschaftet werde. Ziel des Konzepts zur Vermeidung von Unterrichtsausfall, das mit einer Reihe von Praktikern erörtert worden sei, sei es, mit der Arbeitszeit von Lehrkräften sorgsamer als bisher umzugehen.

Kapitel 0702 - Kirchenangelegenheiten

Abg. Heinold wiederholt ihr Petikum, den Kirchenvertrag zu modernisieren.

Kapitel 0703 - Ausbildungsförderung

Abg. Dr. Klug möchte vom Ministerium wissen, inwieweit bei der Veranschlagung der BAföG-Ausgaben die Feststellung berücksichtigt worden sei, dass eine Vielzahl von Studenten und Schülern wegen falscher Vermögensangaben zu Unrecht BAföG erhalte.

Kapitel 0706 - Landeszentrale für politische Bildung

Entgegen der Meinung von Abg. de Jager bekräftigt M Erdsiek-Rave ihre Auffassung, dass die Förderung der politischen Jugendorganisationen und studentischen Organisationen nicht Aufgabe der Landesregierung sei.

Abg. Neugebauer hingegen kündigt an, die SPD-Fraktion werde sich im Rahmen der Haushaltsberatungen dafür einsetzen, den Ansatz 2005 bei Haushaltsstelle 684 13 - Verband politischer Jugend - auf 65.000 € aufzustocken.

Kapitel 0710 bis 0717 - Schulen

Auf eine Frage von Abg. Eisenberg teilt M Erdsiek-Rave mit, in den Ansätzen für die Personalkosten der Lehrkräfte seien die Tarif- und Besoldungssteigerungen enthalten; die jeweils zusätzlichen 200 Lehrerstellen seien ausgewiesen und im Stellenplan finanziert.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, in welchem Umfang in den Personalkostenansätzen Mittel für Beförderungen vorgesehen seien und wie viel zusätzliche Mittel erforderlich wären, um alle Inhaber von Funktionsstellen entsprechend ihrer Tätigkeit zu besolden.

Eine Frage von Abg. Dr. Klug zur Verteilung der zusätzlichen 200 Lehrerstellen auf die einzelnen Schularten beantwortet die Ministerin dahin, Verschiebungen zwischen den Schulkapiteln seien nicht ausgeschlossen und von der tatsächlichen Entwicklung der Schülerzahlen und besonderen Maßnahmen wie zum Beispiel der Einführung der verlässlichen Grundschule abhängig.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, wie viele Anträge es auf Förderung von Ganztagsangeboten gebe und wie viele Angebote in den Jahren 2003, 2004 und 2005 gefördert würden.

Kapitel 0740 - Allgemeine Bewilligungen Kunst und Kultur

Auf eine Frage von Abg. Schwarz zum Landeskulturzentrum Salzac erwartet die Vorsitzende, dass das Bildungsministerium unaufgefordert auf die Ausschüsse für Finanzen und Bildung zukomme, sobald das angekündigte Konzept vorliege.

Kapitel 1207 und 1212

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug zum jüngsten Urteil des EuGH betr. Arbeitszeiten von Ärzten erwidert St Dr. Körner, unmittelbare Haushaltsrisiken daraus für die Universitätsklinik sehe man derzeit nicht.

(Unterbrechung 11:35 bis 14:00 Uhr)

Zu **Kapitel 0909 - Kinder, Jugend und Familie** - liegen keine Wortmeldungen vor.

Einzelplan 10 - Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Kapitel 1002 - Gesundheit

Abg. Dr. Garg fragt nach den finanziellen Auswirkungen des EuGH-Urteils zum Thema Bereitschaftsdienst für Ärzte. - St Fischer vermag derzeit keine haushaltsmäßigen Auswirkungen auf den Landeshaushalt zu erkennen. Er fügt hinzu, Auswirkungen könne es beispielsweise im Bereich der Universitätskliniken geben, die mittelbar Auswirkungen auf den Landeshaushalt hätten. Zurzeit könne er keine seriöse und konkrete Aussage darüber treffen, welche finanziellen Auswirkungen sich aus dieser Entscheidung ergäben. Dazu bedürfe es sorgfältiger Untersuchungen und Überlegungen in den einzelnen Krankenhäusern. Entsprechende Gespräche würden sicherlich bis in das nächste Jahr hinein dauern.

Auf eine Nachfrage von Abg. Kalinka legt St Fischer dar, aufgrund der Gesundheitsstrukturreform stünden für Personal in den Jahren 2003 und 2004 je 200 Millionen € jährlich mehr zur Verfügung. Dieser Betrag steigere sich jährlich um 100 Millionen €, bis der vorgesehene Betrag von 700 Millionen € erreicht sei.

Auf die weitere Frage von Abg. Kalinka, ob die Landesregierung beabsichtige, die Zahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen, antwortet St Fischer, darüber sei im Kabinett noch nicht beraten worden. Im Übrigen handele es sich dabei um einen Komplex, der in den Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums falle.

St Fischer verneint sodann die Frage von Abg. Dr. Garg, ob es bereits Vorstellungen zur Auflösung der globalen Minderausgabe gebe.

Abg. Geerds bittet, bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses Fragen zum Thema psychosoziale Krebsnachsorge zu beantworten. Er möchte wissen, wie hoch die Streichung insgesamt sei, wie sie begründet sei und wie viele Einrichtungen vor Ort betroffen seien.

Kapitel 1005 - Sozialwesen

Auf Fragen von Abg. Kalinka legt St Fischer dar, der Rückgang bei den Sozialhilfeaufwendungen sei im Wesentlichen auf die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zurückzuführen. Diese gesetzliche Änderung solle voraussichtlich am 1. Juli 2004 in Kraft treten. Bezüglich einer Bundesratsinitiative befinde sich das Land derzeit in Abstimmung mit anderen Ländern. Mit Sicherheit werde Schleswig-Holstein im Bundesrat Stellung nehmen und gegebenenfalls Anträge stellen.

St Fischer bestätigt auf Nachfrage von Abg. Dr. Garg, dass sich die Senkung des Mittelansatzes nicht auf den Bereich Hilfe zur Pflege beziehe. Hinsichtlich einer möglichen Schätzung der Zahl von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern macht er darauf aufmerksam, dass der Begriff „arbeitsfähig“, wie er in dem jetzigen Gesetzentwurf vorgesehen sei, nicht definiert sei. Die Zielrichtung der Landesregierung sei, diesen Begriff analog zum Rentenrecht zu definieren. - Abg. Dr. Garg bittet, den Ausschüssen nach Vorliegen Zahlenmaterial darüber an die Hand zu geben.

Auf Nachfragen von Abg. Wiegard legt St Fischer dar, die Landesregierung teile im Wesentlichen die Absicht des Bundes, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenzuführen. Abweichende Vorstellungen der Landesregierung von der Bundesregierung beträfen die Zuständigkeit. Hier vertrete die Landesregierung die Auffassung, dass sie in die Kommunen gehöre. Den zweiten Punkt habe er bereits angesprochen. Die Landesregierung vertrete die Auffassung, dass das geplante viergliedrige Hilfesystem durch ein dreigliedriges abgelöst werden sollte, indem der Begriff der Erwerbsfähigkeit aus dem Rentenrecht übernommen werde. Finanzielle Auswirkungen seien von einer Bund-Länder-Kommission berechnet worden. Die Größenordnung liege bei bundesweit jährlich 10 Milliarden €. Er sagt auf Bitte der Vorsitzenden zu, den Ausschüssen diese Unterlagen, heruntergerechnet auf das Land Schleswig-Holstein, zukommen zu lassen.

Titel 526 09 - Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen sowie Organisationsuntersuchungen im Hinblick auf Pflegesatzgestaltung durch unabhängige Sachverständige in Einrichtungen nach §§ 93 ff. BSHG

RL Maaß legt auf eine Frage der Abg. Kolb dar, im Jahr 2004 seien 17 Prüfungen und im Jahr 2005 28 Prüfungen à 5.400 € vorgesehen. St Fischer ergänzt, aufgrund einer Forderung des Landesrechnungshofs sollten mehr Prüfungen vor Ort durchgeführt werden.

Kapitel 1006 - Verbraucherschutz

Titel 684 07 - An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.

St Fischer erläutert auf eine Frage von Abg. Spoorendonk, dass in dem Titelansatz ein Zuschuss in Höhe von 100.000 € für die Europäische Verbraucherzentrale enthalten sei.

St Fischer sagt zu, den Ausschüssen schriftlich mitzuteilen, wie das Fondsvermögen des Tierseuchenfonds festgelegt sei.

MG 03 - Landesbetrieb „Landeslabor“

Abg. Jensen-Nissen bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen, wie die künftigen Aufgaben vor dem Hintergrund einer zunehmenden Regelungsdichte durch EU-Bestimmungen sichergestellt werden sollten und mit welchem Personalkörper dies geschehen solle.

St Fischer legt dar, möglicherweise könnten sich auf EU-Ebene weitere Konkretisierungen hinsichtlich einer Kontrolldichte ergeben. Dies befinde sich allerdings noch in der Vorbereitungs- und Entscheidungsfindung. Im Rahmen dieses Prozesses werde die Landesregierung in Überlegungen eintreten, ob, sofern sich neue, verstärkte Untersuchungsnotwendigkeiten ergäben, haushaltsmäßige Konsequenzen abzuleiten wären. Dies sei aber derzeit nicht absehbar.

Zu **Kapitel 1210** liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, schließt die gemeinsame Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. U. Kähler

gez. Ole Schmidt

Vorsitzende

Geschäfts- und Protokollführer